



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Angelika Paa

Wiesbaden, 06.11.2013

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
am Dienstag, 12. November 2013, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. Genehmigung der Niederschrift vom 01.10.2013

2. **13-F-33-0071**

Anerkennung von ausländischen Abschlüssen
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 28.08.2013 -
Beschluss des Ausschusses Nr. 0070 vom 03.09.2013
Ergebnisbericht 2013

ANLAGE: Beschluss

3. **13-V-12-0001**

DL 30/13-2

Repräsentative Befragung zu Mediennutzung, Kommunikationsverhalten und
kommunalpolitischer Teilhabe der Wiesbadener Bevölkerung 2012
Hier: erweiterter Bericht des Magistrats

ANLAGE: Bericht

4. 13-F-33-0095

Bedarfsgerechte Pflege von älteren Migranten
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 06.11.2013 -

Die Pflege von älteren Familienangehörigen stellt für viele Menschen eine große Herausforderung dar. Nicht immer findet sich kurzfristig ein passendes Pflegeangebot und auch die gesetzlichen Vorgaben sind oft nicht leicht zu verstehen. Dies trifft in besonderem Maße auf Menschen zu in deren Herkunftsländern es kein ausgeprägtes System zu Betreuung und Pflege von älteren Menschen gibt und die daher mit Informationsbarrieren konfrontiert sind.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

- a) wie hoch die Migrantenquote in Wiesbadener Pflegeheimen ist.
- b) welche Informations- und Beratungsangebote die Landeshauptstadt Wiesbaden bereithält um Wiesbadener mit Migrationshintergrund, eventuell auch mehrsprachig, über Pflegeangebote zu informieren.

5. 13-F-33-0096

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 06.11.2013 -

Die repräsentative Demokratie kann zu Missverständnissen zwischen Mandatsträgern und Bürgern führen. Zum Beispiel ist zuweilen zu hören, dass ‚die da oben‘ ohnehin machten, was sie wollten. Die darin zum Ausdruck kommende Distanz zu kommunalpolitischen Entscheidungsabläufen ist für die Akzeptanz unseres freiheitlich demokratischen Systems nicht förderlich. Deshalb erscheint es sinnvoll, die Distanz zu kommunalpolitischen Projekten durch frühzeitige Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungsfindung zu verringern und Leitlinien für ein Bürgerbeteiligungskonzept für Wiesbaden zu formulieren. Dabei sollte aber nicht vergessen werden, dass die Stadt Wiesbaden im Rahmen der Lokalen Agenda 21 bereits einige Projekte im Bereich Bürgerbeteiligung erarbeitet hat, die teilweise heute noch bestehen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, ein Fachkonzept zu einem Bürgerbeteiligungsmodell in Wiesbaden vorzulegen.
2. Dabei soll ausreichend Gelegenheit bestehen, alle Fragen und Forderungen, die sich aus den Anträgen der Bürgerliste Wiesbaden vom 10.06.2013 und von Bündnis 90/Die Grünen vom 04.07.13 ergeben haben, zu berücksichtigen.

6. 13-F-03-0103

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 04.07.2013 -
Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12.09.2013

ANLAGE: Beschluss

7. 13-F-07-0003

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 10.06.2013 -
Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12.09.2013

ANLAGE: Beschluss

8. 13-F-05-0015

(Nicht-)Beteiligung islamischer Gemeinden an der Wiesbadener Integrationsvereinbarung
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 06.11.2013 -

Im Frühjahr 2013 wurde den Mitgliedern des Ausschusses eine Zusammenstellung über islamische Gemeinden übergeben (Stand: April 2013) zu verschiedenen Fakten. Unter anderem war angegeben, ob sich die einzelne Gemeinde der Integrationsvereinbarung angeschlossen hat oder nicht. Hierbei fällt auf, dass die mit 250 Mitgliedern größte Gemeinde „Diyanet“ nicht der Vereinbarung beigetreten ist. Aber auch der mit 130 Mitgliedern bedeutende „Türkische Jugend- und Kulturbund“ ist nicht Mitglied der Vereinbarung.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob die Gründe bekannt sind, weshalb sich die genannten Gemeinden nicht der Integrationsvereinbarung anschließen
2. ob bzw. in welcher Form Gespräche mit den genannten Gemeinden geführt werden dahingehend, sie doch noch von einem Beitritt zur Integrationsvereinbarung zu überzeugen
3. ob staatliche Leistungen mit der Bezeichnung „Mittel zum Zweck der Integration“ auch dann gezahlt werden, wenn eine Gemeinde sich aus Überzeugung dem Beitritt zur Integrationsvereinbarung entzieht.

9. 10-A-21-0001

Wiesbadener Integrationsgespräche

10. 12-F-33-0106

Notfall-SMS

- gem. Antrag von CDU und SPD vom 18.09.2012 -
Beschluss des Ausschusses Nr. 0006 vom 29.01.2013
Weitere Ergebnisse

ANLAGE: Bericht

11. 13-V-30-0009

DL 48/13-2

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden VIII
(Wiesbaden-Kloppenheim/Heßloch)

12. Bericht der Dezernentin

13. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Spallek
Vorsitzender